

Antragsteller: UB Bremen-Stadt

*Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen.
Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen.*

**A7: Anträge mit landespolitischen Bezug
nicht auf dem BuKo behandeln!**

1 Jedes Jahr setzen sich die Jusos mit einer Vielzahl von Anträgen auseinander, um die Be-
2 schlusslage auf Bundesebene weiterzuentwickeln. Bei der Durchsicht der Anträge wird dabei
3 immer wieder deutlich, dass viele Anträge zum Bundeskongress geschickt werden, die sich
4 nicht nur mit Bundesthemen beschäftigen, sondern auch an vielen Stellen landespolitische
5 Forderungen thematisieren.

6
7 Hinsichtlich der ohnehin großen Anzahl von Anträgen ist dies immer wieder ein eigentlich
8 leicht zu verhinderndes Ärgernis, denn immerhin soll es auf dem Bundeskongress um Anträge
9 gehen, die alle Landesverbände und Bezirke betreffen. Die Ausfinanzierung des Jugendfreizi
10 in Findorff oder die Forderung an den Bremer Senat, den Ausbildungsfonds schneller umzu-
11 setzen, sind auf dem BuKo eher fehl am Platz. Das muss nicht heißen, dass es schlechte For-
12 derungen sind, nur gehören sie auf eine andere Ebene.

13
14 Es gehört deswegen zum guten Ton, solche landespolitischen Bezüge anzupassen, bevor man
15 Anträge an den BuKo weiterleitet. Deswegen möge der Bundeskongress beschließen:

- 16 • Anträge erst dann zur Beratung zuzulassen, wenn eindeutig landespolitische Bezüge
17 ohne Relevanz für die Bundesebene von den Antragsteller*innen entfernt oder neu
18 formuliert werden.

Antragsteller: Landesvorstand

Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Land Bremen möge beschließen:

A8: Schluss mit Sozialbetrug – Eine Bezahlkarte für Superreiche!

1 Immer wieder zeigen medienwirksame Berichte, dass Deutschland ein Problem mit einer klei-
2 nen Gruppe von Personen hat, die es nicht für nötig halten, sich an geltendes Recht zu halten.
3 Das betreffende Milieu ist geprägt von einer für Außenstehende merkwürdig anmutenden Pa-
4 rallelkultur und dem starken Bedürfnis, sich nicht in die Mehrheitsgesellschaft zu integrieren.
5 Sie leben abgeschieden in (Elb)Vororten und sehen sich als wirtschaftliche Elite unseres Lan-
6 des. Während der Durchschnittsbürger hart für sein Einkommen arbeiten muss, leben sie vom
7 Vermögen, das ihre Familie auf häufig unlauteren Wegen über die Generationen angehäuft
8 hat.

9

10 An sich scheint dieser Lebensstil kein Problem darzustellen, gilt doch die Devise: Leben und
11 Leben lassen. Doch häufig tritt dieses Milieu durch Kriminalität in Erscheinung, die dem
12 Staat und der gesamten Gesellschaft schaden. Große Vermögenswerte werden ins Ausland ge-
13 bracht, nicht etwa um – wie es sich gehören würde – auf Unterstützung angewiesene Famili-
14 enmitglieder zu unterstützen, sondern um sie vor dem deutschen Fiskus in Sicherheit zu brin-
15 gen!

16

17 Diese nicht tolerierbare Kriminalität stellt ein gewaltiges Problem dar, sind in Deutschland
18 Vermögen doch sowieso schon ungerecht verteilt und Kapitalerträge gegenüber Arbeitsein-
19 kommen unfair besteuert. Der Staat soll sparen auf Kosten der Allgemeinheit und der Men-
20 schen, die am meisten Unterstützung benötigen und gleichzeitig gehen dem deutschen Staat
21 durch Steuerhinterziehung 100 Milliarden Euro verloren.

22

23 Diesen Zuständen muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden, der Staat darf sich nicht
24 länger auf der Nase herumtanzen lassen! Um dem Problem der Steuerhinterziehung und dem
25 Verschieben von Vermögenswerten ins Ausland endlich ein Ende zu bereiten, fordern wir die
26 Einführung einer Bezahlkarte für Superreiche. Diese soll andere Zahlungsmethoden komplett
27 ersetzen.

28

29 **Diese Bezahlkarte soll nach den folgenden Kriterien ausgestaltet werden:**

30

- 31 • Pro Monat sollten maximal 50€ abgehoben werden können. Dieser Betrag ist für den
32 Lebensstil eines durchschnittlichen Superreichen vollkommen ausreichend. Zudem
33 wird so Geldwäsche vorgebeugt.
- 34 • Überweisungen ins Ausland oder an Briefkastenfirmen sollen nicht möglich sein, um
35 Steuerhinterziehung zu verhindern.
- 36 • Online Einkaufs- und Bezahlvorgänge sowie Transaktionen über das Internet sollen
37 grundsätzlich nicht möglich sein. Superreiche können Online-Plattformen nutzen, um
38 Geldwäsche, Steuerhinterziehung oder andere illegale Aktivitäten zu betreiben.
- 39 • Die Bezahlkarte soll nur den Kauf von in Deutschland hergestellten Gütern ermögli-
40 chen. Dies wäre auch ein Beitrag für die regionale Wirtschaft: Yachten nur noch von
41 der Meyer-Werft und statt Champagner nur noch Sekt aus dem Rheinland.
- 42
- 43 Neben der Bezahlkarte sollten weitere Maßnahmen geprüft werden. Dazu gehört eine Resi-
44 denzpflicht über die Sommermonate, um das Überlaufen von Sylt zu verhindern und der ein-
45 heimischen Bevölkerung das Klientel mit seltsamen Sitten zu ersparen, sowie eine Arbeits-
46 pflicht, um die Superreichen dazu zu bringen, einen sinnvollen Beitrag für die Gesellschaft zu
47 leisten, der sie so viel verdanken.
- 48

Antragsteller: UB Bremen-Nord

Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Land Bremen möge beschließen:

A9: Barrierefreie Räumlichkeiten bei allen SPD-Veranstaltungen

1 Für sämtliche Veranstaltungen der SPD Land Bremen und all ihrer Gliederungen sollen ver-
2 pflichtend barrierefreie Räumlichkeiten genutzt werden. Aktuell genutzte Räumlichkeiten sol-
3 len auf Barrierefreiheit überprüft werden. Falls keine Barrierefreiheit gegeben ist, ist dieser
4 Umstand, wenn möglich, zu beheben, ansonsten sind baldmöglichst andere Räumlichkeiten
5 zu nutzen.

6

7 Begründung:

8 Die SPD hat sich selbst der Inklusion verpflichtet, daher muss diese auch innerparteilich ge-
9 lebt werden. Antrag A8 (Barrierefreie Büroräume von Fraktion und Partei) der 2. Bremer
10 Juso-Landesmitgliederversammlung 2023 hat daher korrekterweise die mangelnde Barriere-
11 freiheit der Räumlichkeiten der Bürgerschaftsfraktion und des Parteibüros bemängelt und eine
12 Verbesserung gefordert.

13 Auf dieser Forderung aufbauend sollte Barrierefreiheit auch für sämtliche weiteren Räumlich-
14 keiten, die für Veranstaltungen und Versammlungen jeglicher Art der SPD Land Bremen ge-
15 nutzt werden, verpflichtend sein.

Lied

DIE INTERNATIONALE

Wacht auf, Ver-damm-te die-ser Er-de, die stets man noch zum Hun-ger
 zwingt! Das Recht, wie Glut im Kra-ter-her-de, nun mit Macht zum Durch-bruch
 dringt. Rei-nen Tisch macht mit dem Be-drän-ger, Herr der
 Skla-ven, wa-che auf! Ein Nichts zu sein, trägt es nicht
 län-ger, al-les zu wer-den, strömt zu-hauf! Völ-ker, hört die Sig-
 na-le, auf zum letz-ten Ge-fecht! Die In-ter-na-tio-na-le er-
 kämpft das Men-schen-recht! Völ-ker hört die Sig-na-le, auf zum letz-ten Ge-
 fecht! Die In-ter-na-tio-na-le er-kämpft das Men-schen-recht!

2. Es rettet uns kein höh'eres We-sen, kein Gott, kein Kaiser noch Tri-bun.
 Uns aus dem Elend zu er-lö-sen, können wir nur selber tun.
 Leeres Wort: Des Armen Rechte! Leeres Wort: Des Reichen Pflicht!
 Un-mündig nennt man uns und Knechte! Duldet die Schmach nun länger nicht! Völker hört ...
3. In Stadt und Land, ihr Arbeits-leu-te, sind wir die stärkste der Par-tein.
 Die Müßiggänger schiebt bei-sei-te! Diese Welt muß unser sein!
 Unser Blut sei nicht mehr der Raben und der nächt'gen Geier Fraß!
 Erst wenn wir sie vertrieben haben, dann scheint die Sonn' ohn' Unter-laß! Völker hört ...